



Vor 100 Jahren ...

... war Deutschland ein prosperierendes Land. Zu Zeiten des Kaiserreichs wuchs die Bevölkerung rasant, am Vorabend des Ersten Weltkriegs herrschte auf dem Arbeitsmarkt praktisch Vollbeschäftigung.

Das kaiserliche Deutschland (1871 bis 1918) war eine Volkswirtschaft, die sich im Übergang vom Agrar- zum Industrieland befand. Die Triebfedern waren ein starkes Bevölkerungswachstum und die zunehmende Bedeutung der Städte als industrielle Zentren:

- **Demografie.** Von der Reichsgründung bis zur Jahrhundertwende wuchs die Bevölkerung alle fünf

Jahre um zwei Millionen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts sogar um rund vier Millionen (Grafik links).

Von 1871 bis 1914 stieg die Zahl der Einwohner um mehr als 60 Prozent auf knapp 68 Millionen.

Dahinter stand eine Geburtenrate, wie sie danach nie wieder erreicht wurde: Während eine Frau in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts durchschnittlich 4,2 Kinder

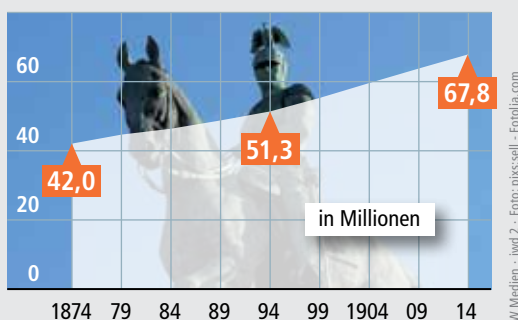
bekam, sind es heute lediglich noch 1,4 Kinder.

Für den hohen Bevölkerungszuwachs waren vor allem die steigende Produktivität in der Landwirtschaft, aber auch der medizinische Fortschritt verantwortlich. Im Ergebnis war das Deutsche Reich zu Anfang des 20. Jahrhunderts ein ausgesprochen junges Land (Grafik rechts):

Im Jahr 1910 waren 60 Prozent der Bevölkerung jünger als 30 Jahre – heute sind es nur noch 30 Prozent.

Vor allem die industriellen und administrativen Zentren zogen →

Deutsches Reich: Der Bevölkerungsboom



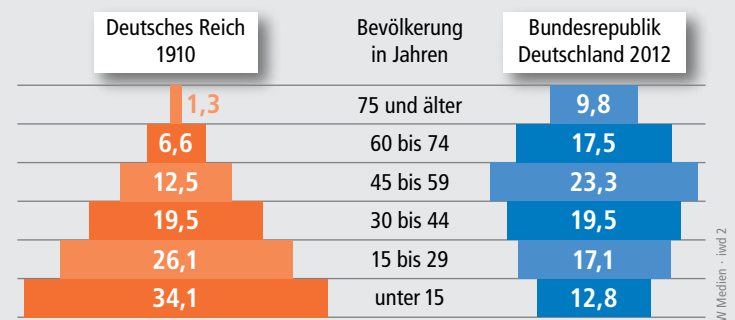
Quelle: Kaiserliches Statistisches Amt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 2 · Foto: pixs:sell - Fotolia.com

Die Bevölkerungspyramide damals und heute

Anteile der Altersgruppen in Prozent



Ursprungsdaten: Mitchell (2007), Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 2

Inhalt

Internet. Der Arbeitsplatz ist dank des mobilen Internets immer dabei, zum Vorteil der Unternehmen. Das IW Köln und Google Deutschland haben die mobilsten Städte ausgezeichnet. Seite 3

Teilzeitbeschäftigung. Wer keinen sozialversicherungspflichtigen Ganztagsjob hat, wird oft zu den prekär Beschäftigten gezählt. Doch das ist nicht gerechtfertigt. Seite 4-5

Tarifpolitik. Viele Gewerkschaften fordern für 2014 Lohn-erhöhungen von 5 bis 6 Prozent – Vorstellungen, die bei einem Verteilungsspielraum von 3 Prozent kaum erfüllbar sind. Seite 6-7

Haushaltsausstattung. Technikbegeistertes Deutschland: Handys und Notebooks sind in deutschen Haushalten häufiger zu finden als Festnetztelefone und Desktop-PCs. Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ die Menschen in Scharen an. So wuchs die Bevölkerung im Rheinland innerhalb von nur zehn Jahren von 5,8 auf 7,1 Millionen im Jahr 1910. In Industriehochburgen wie Essen und Duisburg stieg die Einwohnerzahl um das Anderthalbfache, Gelsenkirchen wandelte sich von einer Kleinstadt mit 37.000 Bürgern zur Großstadt mit 170.000 Bewohnern. Auch die Werft- und Marinestandorte Kiel und Hamburg gewannen viele Einwohner hinzu.

Die Hauptstadt Berlin dagegen hatte das stärkste Bevölkerungswachstum bereits hinter sich: Von 1855 bis 1900 stieg die Zahl der Einwohner von 461.000 auf 1,9 Millionen. In den folgenden zehn Jahren kamen nur knapp 200.000 hinzu.

Zuwanderer hatten übrigens mit dem Bevölkerungsboom kaum etwas zu tun. Ganz im Gegenteil: Bis in die 1880er Jahre war das Kaiserreich ein Auswanderungsland, weil die Wirtschaft angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums nicht allen einen Arbeitsplatz bieten konnte.

Zwischen 1880 und 1889 verließen 1,4 Millionen Deutsche ihre Heimat, die meisten, um ihr Glück in den USA zu versuchen.

Gegen Ende des Jahrhunderts drehte sich der Trend. Weil insbesondere die aufstrebende Industrie Ar-

beitskräfte suchte, zog es allein 1913 nur noch 26.000 Deutsche in die Ferne, fast 190.000 Ausländer wanderten ein. Heute sind die Migrationsströme ungleich größer: So kamen 2012 mehr als eine Million Menschen nach Deutschland und mehr als 700.000 verließen das Land.

• **Erwerbstätigkeit.** Eine systematische Erfassung der Erwerbstätigkeit gab es damals nicht. Eine „Berufszählung“ 1907 ergab aber, dass gut 26 Millionen Menschen „hauptberuflich erwerbstätig“ waren. Hinzu kamen 7,5 Millionen „Nebenberufsfälle“ und 650.000 Militärangehörige. Von den Haupterwerbstätigen waren die meisten Lohnarbeiter – vor allem in der Industrie, die 8,5 Millionen Arbeitnehmer beschäftigte, darunter 1,5 Millionen Frauen. Die größten Arbeitgeber waren die Metallindustrie, der Maschinenbau, die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie das Baugewerbe.

Anfang des 20. Jahrhunderts waren 43 Prozent aller Arbeitskräfte in der Industrie beschäftigt – heute sind es nur noch 25 Prozent.

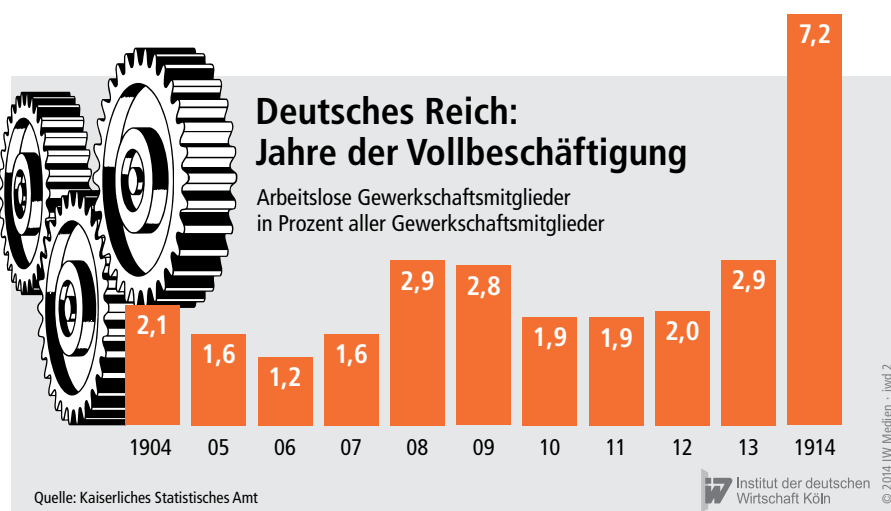
Entsprechend gering war das Gewicht des Dienstleistungssektors mit 19 Prozent; heute arbeiten 74 Prozent der Erwerbstätigen im Service.

Große Bedeutung hatte im Kaiserreich auch noch die Landwirt-

schaft, in der 6,4 Millionen Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie 3,4 Millionen Arbeiter beschäftigt waren. Insgesamt waren 38 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft – heutzutage sind es nur noch 1,6 Prozent.

• **Arbeitslosigkeit.** Eine offizielle Arbeitslosenstatistik gab es damals ebenfalls nicht. Allerdings spielte das Thema ohnehin keine große Rolle, denn bis 1913 herrschte praktisch Vollbeschäftigung. Das jedenfalls lässt sich aus der Statistik der Gewerkschaften entnehmen, die immerhin den Anteil ihrer beschäftigungslosen Mitglieder veröffentlichten. Zwar war der gewerkschaftliche Organisationsgrad damals mit knapp einem Drittel recht niedrig und konzentrierte sich zudem auf Industriearbeiter, die stärker von konjunkturellen Schwankungen betroffen waren als Beschäftigte in anderen Branchen. Dennoch: Die Arbeitslosenquote betrug selten mehr als 2 Prozent (Grafik). Der sprunghafte Anstieg auf 7 Prozent 1914 war ein rein kriegsbedingter Effekt, der ausschließlich ab August eintrat und durch Einberufungen zum Militär und Umstellungen auf die Kriegsproduktion hervorgerufen wurde.

Bereits im Frühjahr 1915 war die Arbeitslosigkeit wieder auf das frühere Niveau gesunken und es herrschte eher ein Mangel an Arbeitskräften. Wer dennoch arbeitslos war, hatte nichts zu lachen. Eine Arbeitslosenversicherung wurde erst 1927 eingeführt, die Arbeitslosen im Kaiserreich waren – falls sie nicht zu den wenigen gehörten, die von den Gewerkschaften unterstützt wurden – auf Fürsorge und Spenden angewiesen. Um Ersparnisse zu bilden, waren die Löhne einfach zu gering.



Mobil, mobiler, Wolfsburg

Internet. Surfen, mailen, texten – Computer und Internet sind sowohl am Arbeitsplatz als auch zu Hause längst zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Dank Smartphone und Tablet ist es mittlerweile auch möglich, mobil online zu sein. Die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult (IW Consult) und Google Deutschland haben die mobilsten Städte ausgezeichnet.

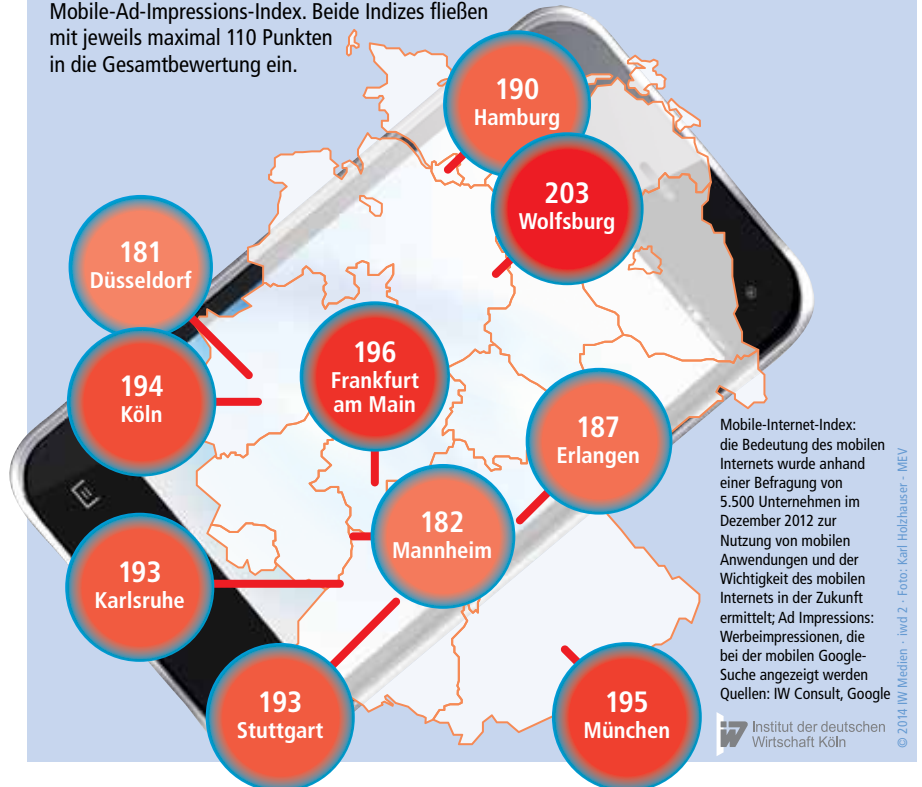
E-Mails am Smartphone lesen, Dokumente am Laptop bearbeiten – für viele Arbeitnehmer gehört das längst zum Alltag. Der Arbeitsplatz ist dank des mobilen Internets immer und überall in Reichweite. Mehr als 85 Prozent der Unternehmen in Deutschland haben Computer und einen Internetzugang, davon stellen 33 Prozent ihren Mitarbeitern tragbare Geräte mit mobiler Internetverbindung zur Verfügung.

Mit dem eTown-Award haben die IW Consult und Google bereits zweimal jene Städte in Deutschland ausgezeichnet, deren Unternehmen das Internet besonders effizient und gewinnbringend für ihre Geschäfte einsetzen. Im Januar 2014 bekommen erstmals auch jene Städte eine Auszeichnung, deren Unternehmen

Für die Auszeichnung werden zu gleichen Teilen der Mobile-Internet-Index der IW Consult und der Google-Mobile-Ad-Impressions-Index herangezogen. Der Mobile-Internet-Index basiert auf einer Befragung von 5.500 Unternehmen im Dezember 2012 zur Relevanz des mobilen Internets für Unternehmen. Der Google-Mobile-Ad-Impressions-Index misst die Verwendung mobiler Werbung durch Google-Ad-Words-Werbekunden in Deutschland.

Die mobilsten Städte Deutschlands

Städte mit Unternehmen, die besonders stark das mobile Internet nutzen, gemessen am Mobile-Internet-Index der IW Consult und am Google-Mobile-Ad-Impressions-Index. Beide Indizes fließen mit jeweils maximal 110 Punkten in die Gesamtbewertung ein.



das Internet besonders stark mobil nutzen (Grafik).

Am intensivsten verwenden Firmen in Wolfsburg, Frankfurt, München und Köln mobile Anwendungen – und zwar besonders häufig mithilfe von Tablet-Computern und Smartphones.

Bei einer Befragung der IW Consult gaben vor allem Unternehmen aus Düsseldorf, Wolfsburg und Köln an, dass sie mit einer steigenden Bedeutung des mobilen Internets für ihre Geschäfte rechnen.

Aber nicht nur für die Unternehmen, auch für die Konsumenten wird das mobile Internet immer wichtiger: Gemäß einer Studie der Initiative D21 ist bereits jeder zweite Internetnutzer auch mobil online – also 40 Prozent aller Bundesbürger. Viele informieren sich mobil und rufen Nachrichten ab. Die Google-Studie „Mobile in the Purchase Journey“ zeigt, dass 53 Prozent der Smartphone-Nutzer in Deutschland

ihr Gerät besonders nachmittags und abends nutzen, um zu recherchieren oder im Internet zu shoppen.

Dadurch wird auch das mobile Onlinemarketing für Unternehmen zunehmend interessant. Laut einer Studie des IW Köln geht es vielen Firmen beim Onlinemarketing vor allem darum, die eigene Webseite zu bewerben, Kontakte zu Kunden aufzubauen und das eigene Image zu pflegen – längst nicht bei allen steht also ein eigener Webshop im Fokus.

In den mobilsten Städten in Deutschland – allen voran Wolfsburg – gelingt den Unternehmen beides gut: Sie verwenden mobile Anwendungen, um ihre Geschäftstätigkeit flexibel zu gestalten, und sie nutzen das mobile Internet als Werbemedium.

Mehr Informationen zur Digitalisierung der Unternehmen in Deutschland finden Sie unter www.iwconsult.de

Von wegen prekär

Teilzeitbeschäftigung. Wer heute keinen sozialversicherungspflichtigen Nine-to-five-Job hat, wird oft zu den prekär Beschäftigten gezählt. Das war nicht immer so – und ist auch anno 2014 nicht gerechtfertigt.

Teilzeitbeschäftigung galt viele Jahre lang als arbeitsmarktpolitisches Erfolgsmodell. Zu Recht: Während der Arbeitsmarktkrise 1994 bis 2004 haben Teilzeitjobs den Verlust an Vollzeitbeschäftigung zumindest teilweise kompensiert (Grafik). Damals gingen zwar 5 Milliarden Vollzeitstunden verloren, dafür kamen aber immerhin 2 Milliarden Teilzeitstunden dazu.

Anders gerechnet: In dieser Dekade entstanden rund 4 Millionen neue Teilzeitstellen, ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung stieg von einem Fünftel auf fast ein Drittel.

Die damalige rot-grüne Bundesregierung hielt Teilzeit für ein so gutes Beschäftigungsmodell, dass sie 2001 sogar ein Recht auf Teilzeit

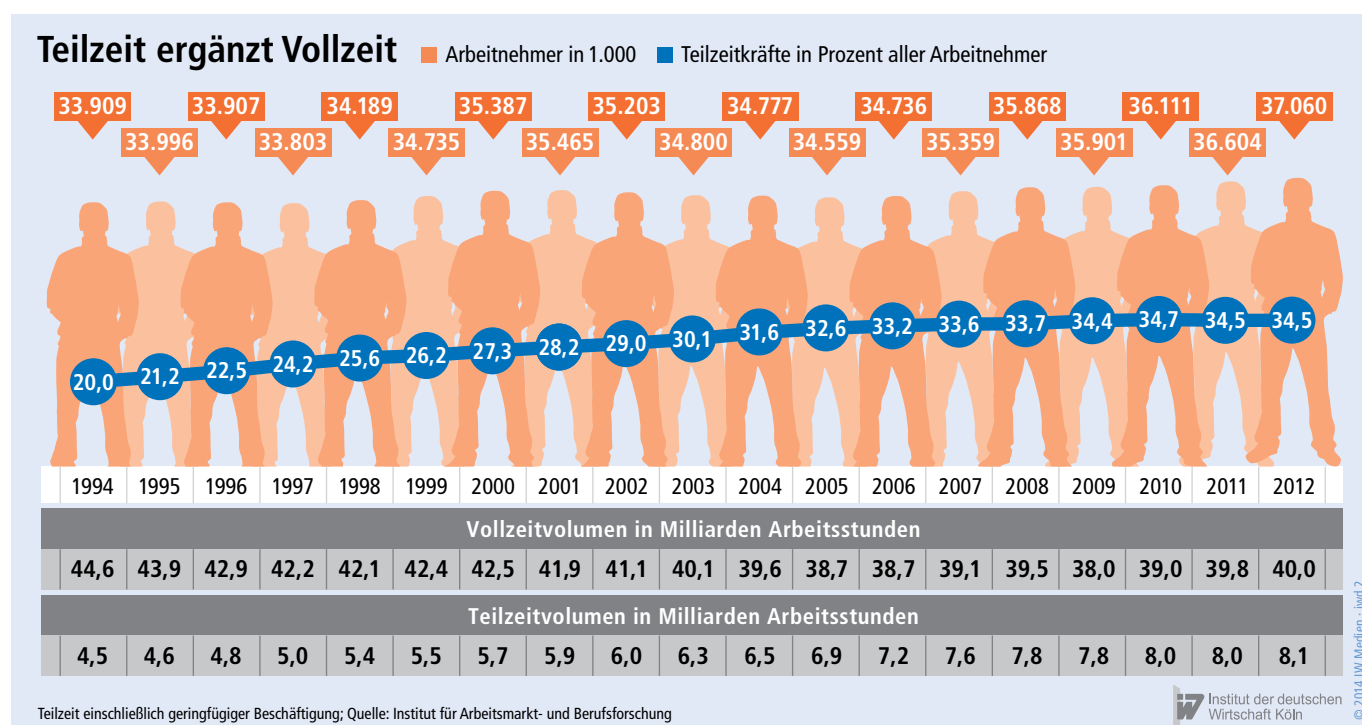
einführte. Seither können Betriebe einen Teilzeitwunsch nur aus wichtigen Gründen ablehnen.

Nach den Agenda-Reformen (Hartz I bis IV) begann sich das Bild ab 2006 zu wandeln. Zwar entstanden weiterhin neue Teilzeitstellen, gleichzeitig nahm aber auch die Vollzeitbeschäftigung wieder zu. Der Anteil der Teilzeitkräfte stieg kaum noch an und das Vollzeitarbeitsvolumen nahm sogar stärker zu als das Teilzeitvolumen. Denn die Nachfrage der Betriebe nach Arbeitskräften war im Aufschwung so groß, dass sie allein mit Teilzeit nicht bedient werden konnte. Hinzu kamen und kommen weitere Faktoren:

- Das Reservoir an teilzeitwilligen Arbeitnehmern ist offenkundig weit-

gehend ausgeschöpft. Im internationalen Vergleich ist die Teilzeitquote in Deutschland mittlerweile eine der höchsten. In Europa toppen nur noch die Niederlande das hiesige Niveau (16 Prozentpunkte höher). Irland und Großbritannien liegen gleichauf mit Deutschland. In Osteuropa, Spanien, Portugal und Griechenland dagegen ist Teilzeit kaum ein Thema.

- Berufseinsteiger sind heutzutage besser qualifiziert als jene, die in Rente gehen. Je höher aber die Qualifikation, desto größer ist die Neigung, nicht nur halbe Tage zu arbeiten. Denn wer lange studiert und dafür auch auf so manches verzichtet hat, der will dann das eine oder andere nachholen – und mit einem Teilzeitjob kann man sich vieles eben doch nicht leisten.
- Die Rahmenbedingungen für einen Vollzeitjob haben sich verbes-



sert. Mittlerweile gibt es mehr Kitas und Ganztagschulen, sodass sich weniger Frauen gezwungen sehen, wegen mangelnder Betreuungsmöglichkeiten auf Vollzeit zu verzichten.

Dass Frauen trotzdem noch die typischen Teilzeiter sind – sie stellen 7,8 der 9,6 Millionen Teilzeitbeschäftigten –, wird oft auf fehlende Vollzeitstellen zurückgeführt. Doch das ist falsch:

Lediglich 14 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen sagen, sie müssten nur deshalb in Teilzeit arbeiten, weil sie keine Vollzeitbeschäftigung gefunden haben.

Die Unternehmen jedenfalls tun – nicht zuletzt in Zeiten des Fachkräftemangels – alles, um Frauen den Umstieg von einer Teilzeit- zu einer Vollzeitstelle zu ermöglichen: Von 1.000 Personalverantwortlichen gaben 2012 fast 80 Prozent zu Protokoll, sie hätten die Wünsche ihrer Beschäftigten „schnell“ oder „nach einer Weile“ erfüllen können.

Allerdings gibt es auch – vor allem kleinere – Betriebe, die nicht so einfach aus einer Teilzeit- eine Vollzeitstelle machen können. Das muss sich schon rechnen. Zumindest in diesen Firmen löst das Vorhaben der Großen Koalition, sogar ein Recht auf die Rückkehr von Teilzeit- in Vollzeit einzuführen, nur Kopfschütteln aus.

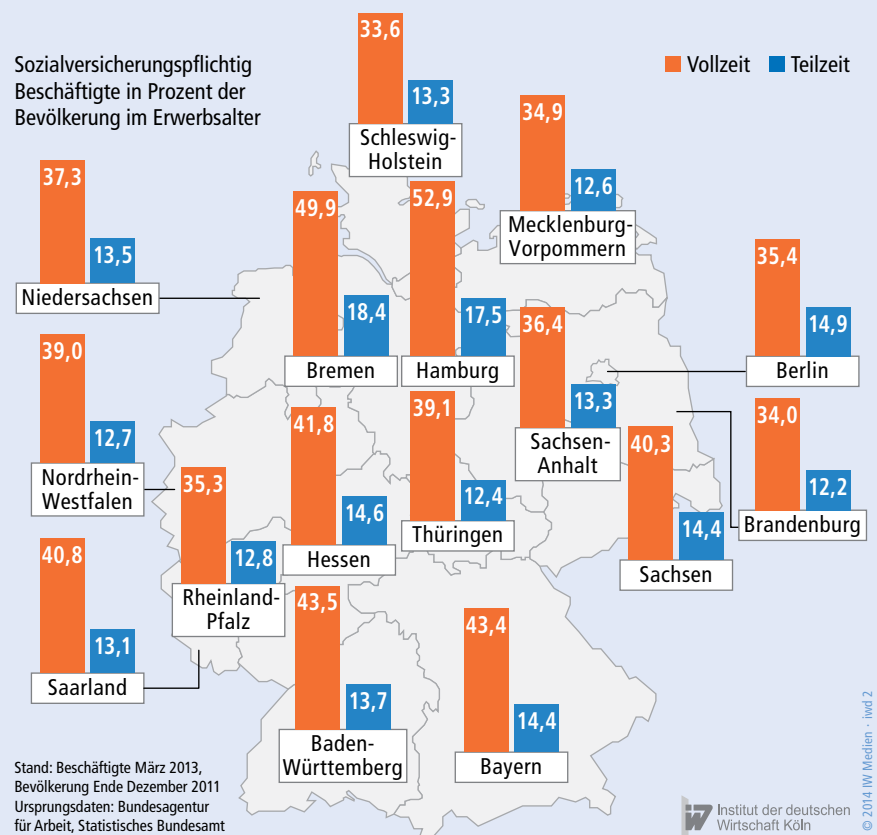
Die meisten Teilzeitkräfte arbeiten relativ gesehen in Bremen und Hamburg (Grafik). Mit ein Grund dafür dürfte sein, dass Teilzeitarbeit in den dortigen Dienstleistungsbranchen eine große Rolle spielt. So sind etwa im Handel 39 Prozent der Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt, in der Industrie nur 11 Prozent.

Vollzeit und Teilzeit: Das Bundesländer-Gefälle

Gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weisen die wirtschaftlich besonders erfolgreichen süddeutschen Bundesländer einen hohen Anteil an Vollzeitbeschäftigten auf – nämlich mehr als 40 Prozent. In den meisten ostdeutschen Bundesländern sind es dagegen fast 10 Prozentpunkte weniger.

Das Schlusslicht Schleswig-Holstein und die Spitzenreiter Hamburg und Bremen leiden unter dem Einpendlereffekt bzw. profitieren von ihm: So wohnen viele Arbeitnehmer, die in Hamburg arbeiten, im benachbarten Schleswig-Holstein. Das steigert die Hamburger Quote und senkt die im nördlichen Nachbarland.

Im Vergleich zur Vollzeitbeschäftigung variiert die Teilzeitbeschäftigung weit weniger. Bundesweit sind zwischen 12 und 15 Prozent der Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigt. Wenn Vollzeitstellen zugunsten von Teilzeit abgebaut worden wären, müsste sich in Ländern mit niedrigem Vollzeitanteil ein entsprechend höherer Teilzeitanteil zeigen. Das ist aber nicht der Fall.



Was ist Teilzeit?

Was als Teilzeit definiert wird, hängt ganz von der Datenquelle ab. Im Mikrozensus des Statistischen Bundesamts, einer jährlichen Befragung von 1 Prozent der bundesdeutschen Haushalte, schätzen sich die Befragten selbst als Voll- oder Teilzeitbeschäftigte ein – und die Grenze verläuft bei einer üblichen Wochenarbeitszeit von 32 Stunden.

Für die Statistik der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung werden die Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherung ausgewertet. Als Teilzeit gilt hier bereits jede Arbeitszeit unterhalb der tariflich vereinbarten Regelarbeitszeit. Die geringfügige Beschäftigung wird vollständig als Teilzeit gezählt. Zwar gibt es keine explizite Arbeitszeitbegrenzung für Minijobs, aber die Verdienstgrenze von 450 Euro bewirkt, dass bereits ab einem Stundenlohn von 3,20 Euro weniger als 32 Wochenstunden gearbeitet werden.

Hohe Erwartungen, wenig Spielraum

Tarifpolitik. Die ersten Lohnforderungen der Gewerkschaften liegen auf dem Tisch: 5 bis 6 Prozent mehr Lohn sollen es in diesem Jahr sein. Doch das sind Vorstellungen, die bei einem tatsächlichen Verteilungsspielraum von voraussichtlich 3 Prozent kaum erfüllt werden können.

Im Jahr 2014 stehen in vielen Branchen Tarifverhandlungen an (Tableau). Den Auftakt hat die Chemische Industrie mit ersten regionalen Verhandlungen bereits im Dezember gemacht. Die Industrie-

gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) fordert unter anderem 5,5 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. In diesem Monat werden die Verhandlungen auf Bundesebene fortgesetzt.

Auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert in der anstehenden Tarifrunde mit der Telekom eine Lohnsteigerung um 5,5 Prozent. Die Begründung: Die Mitarbeiter müssten am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt werden. Außerdem verlangt ver.di, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) will mit Forderungen zwischen 5 und 6 Prozent in die kommenden Verhandlungsrunden gehen.

Aber auch die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, bei den Banken, in der Bauwirtschaft, in der Stahlindustrie und bei der Deutschen Bahn werden in diesem Jahr neu diskutiert. Ende des Jahres läuft zudem der Tarifvertrag in der Metall- und Elektro-Industrie aus, der mit 3,7 Millionen Beschäftigten größten deutschen Industriebranche.

Die Tarifvertragsabschlüsse 2013 haben vor allem zwei Trends gezeigt, die auch für die neuen Tarifabschlüsse in 2014 gelten dürften:

1. Lange Laufzeit. Mit Ausnahme der Bauwirtschaft, für die eine Vertragsdauer von 13 Monaten vereinbart wurde, sahen fast alle Abschlüsse eine lange Laufzeit vor (Tableau Seite 7). Für das Kfz-Handwerk in Bayern, die Gebäudereinigung und die Versicherungen gelten die Tarifverträge für zwei Jahre, bei der Deutschen Post für 26 Monate und bei der Zeitarbeit sogar für 38 Monate.

2. Stufenanpassungen. Auf Basis der längeren Laufzeiten haben Arbeitgeber und Gewerkschaften in vielen Branchen stufenweise Lohnanpassungen beschlossen. Für die

Tarifausblick		2014	
Wo der Tarifvertrag wann ausläuft	Welche Gewerkschaft verhandelt	Wie viel 1.000 Arbeitnehmer betroffen sind	
Deutsche Telekom AG und Servicegesellschaften (West und Ost)	01/14 ver.di	67	
Energieversorgung (E.ON)	01/14 ver.di, IG BCE	30	
Öffentlicher Dienst (Bund und Gemeinden; West und Ost)	02/14 Tariftgemeinschaft ver.di/GEW/dbb	2.000	
Banken (West und Ost)	04/14 ver.di	230	
Hotels und Gaststätten (NRW)	04/14 NGG	108	
Holz- und kunststoffverarbeitende Industrie (West und Ost)	04/14 IGM	170	
Bauwirtschaft (West und Ost)	04/14 IG BAU	750	
Eisen- und Stahlindustrie (West und Ost)	05/14 IGM	75	
Deutsche Bahn AG (Lokführer) (West und Ost)	06/14 GDL	20	
Deutsche Bahn AG (außer Lokführer; West und Ost)	07/14 EVG	135	
Dachdeckerhandwerk (West und Ost)	08/14 IG BAU	60	
Papier-, pappe- und kunststoffverarbeitende Industrie (West und Ost)	08/14 ver.di	100	
Eisen- und Stahlindustrie (Saarland)	08/14 IGM	15	
Öffentlicher Dienst (Ärzte kommunale Krankenhäuser; West und Ost)	11/14 MB	51	
Öffentlicher Dienst (Länder ohne Hessen)	12/14 Tariftgemeinschaft ver.di/GEW/dbb	800	
Metall- und Elektro-Industrie (West und Ost)	12/14 IGM	3.700	

dbb: Deutscher Beamtenbund und Tarifunion; EVG: Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft; GDL: Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer; GEW: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; IG BAU: Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt; IG BCE: Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie; IGM: Industriegewerkschaft Metall; MB: Marburger Bund; NGG: Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten; ver.di: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft; Quelle: BDA-Tarifarchiv

© 2014 IW Medien - IwD 2 - Foto: GW20 - MEV

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Zeitarbeit etwa gelten gleich mehrere Stufenanpassungen, wobei für den Osten überproportional hohe Steigerungen festgelegt wurden, um das Lohnniveau zwischen Ost und West anzugleichen. Allerdings wird Anfang 2015 – ab dann soll in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde gelten – das Lohnniveau in der ostdeutschen Zeitarbeit mit 7,86 Euro noch unter dem gesetzlichen Minimum liegen. Die Löhne sollen sich dort erst zum Juni 2016 schrittweise an das gesetzliche Minimum anpassen. Der Westen erreicht dieses schon Anfang 2014. Auch im Friseurhandwerk wird ein Stundenlohn von 8,50 Euro erst ab August 2015 erreicht.

Insgesamt stiegen die Löhne im Jahr 2013 um 2 bis 4 Prozent, in den meisten Branchen um 3 bis 3,5 Prozent. Besonders stark legten die Bezüge in der Zeitarbeit (3,8 bis 4,8 Prozent), im Gebäudereinigerhandwerk (3,44 Prozent) und in der M+E-Industrie (3,4 Prozent) zu. In diesem Jahr sehen die Tarifverträge mit längerer Laufzeit eine Steigerung von 1,4 bis 3 Prozent vor.

Ob die kommenden Tarifabschlüsse auch so großzügig ausfallen werden wie die 2013er, hängt von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Experten erwarten, dass die Produktivität in Deutschland in diesem Jahr um etwa 1 Prozent steigen wird. Rechnet man – wie die Gewerkschaften – noch einen Teuerungsausgleich hinzu, ergibt sich ein maximaler lohnpolitischer Verteilungsspielraum von rund 3 Prozent.

Immerhin liegen die Forderungen von 5,5 Prozent zumindest bei den Gewerkschaften IG BCE und ver.di etwas unter den Forderungen aus den letzten Verhandlungen, damals waren es 6 und 6,5 Prozent.

Tarifabschlüsse

2013



Wer abgeschlossen hat	Um wie viel Prozent erhöht wurde	Wie lange der Vertrag läuft und was sonst vereinbart wurde	Welche Gewerkschaft verhandelt hat
Bauwirtschaft (West und Ost)	3,20 (West), 4,00 (Ost) ab 05/13	13 Monate, 1 Nullmonat	IG BAU
Deutsche Bahn AG (West und Ost)	3,00 ab 05/13, weitere 3,00 ab 04/14	19 Monate, Einmalzahlung von 500 Euro in 05/13	EVG
Deutsche Post AG (West und Ost)	3,10 ab 08/13, weitere 2,60 ab 10/14	26 Monate, 4 Nullmonate; Bundesbeamte: Einmalzahlung von je 200 Euro in 07/13 und 04/14	ver.di
Gebäudereinigerhandwerk (West und Ost)	3,44 (West) ab 01/14, weitere 2,58 (West) ab 01/15	24 Monate, 2 Nullmonate; Ost-Löhne werden erst auf 85,5 Prozent und dann auf 86 Prozent des West-Lohns angehoben; Mindestlohnerhöhungen in zwei Stufen auf 9,55 Euro (West) und 8,21 Euro (Ost) ab 01/15	IG BAU
Holz- und kunststoffverarbeitende Industrie (Niedersachsen, Westfalen-Lippe, Bayern, Baden-Württemberg, Berlin/Brandenburg)	3,00 ab 03/13	16 Monate, 2 Nullmonate	IGM
KFZ-Handwerk (Bayern)	2,80 ab 07/13, weitere 2,80 ab 08/14	24 Monate, 2 Nullmonate	IGM
Metall- und Elektro-Industrie (West und Ost)	3,40 ab 07/13, weitere 2,20 ab 05/14	20 Monate, 2 Nullmonate	IGM
Öffentlicher Dienst (Länder ohne Hessen)	2,20 ab 01/13, weitere 1,40 ab 03/14	21 Monate, Urlaubsanspruch einheitlich 30 Arbeitstage (Azubis 27)	Tarifgemeinschaft ver.di/GEW/dbb
Versicherungen (Innendienst; West und Ost)	3,20 ab 08/13, weitere 2,20 ab 10/14	24 Monate, 4 Nullmonate; jeweils 150 Euro Einmalzahlung für Arbeitnehmer der Gehaltsgruppe A und B in 08/13 und 10/14	ver.di
Zeitarbeit	3,80 (West), 4,80 (Ost) ab 01/14, weitere 3,50 (West), 4,30 (Ost) ab 01/15, weitere 2,30 (West), 3,70 (Ost) ab 01/16	38 Monate, 2 Nullmonate	DGB-Tarifgemeinschaft

dbb: Deutscher Beamtenbund und Tarifunion; DGB: Deutscher Gewerkschaftsbund; EVG: Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft; GEW: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; IG BAU: Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt; IGM: Industriegewerkschaft Metall; ver.di: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Quelle: BDA-Tarifarchiv

Technik to go

Haushaltsausstattung. Die Bundesbürger lassen sich vom Fortschritt in der Informations- und Kommunikationstechnologie gerne mitreißen. Handys und Smartphones oder Notebooks sind in den deutschen Haushalten schon häufiger zu finden als Festnetztelefone oder Desktop-Computer.

Ständig erreichbar zu sein und stets mit den neuesten Informationen versorgt zu werden – das mag für die einen ein Segen und für die anderen ein Fluch sein. Entziehen allerdings kann oder will sich dem Trend offenbar kaum jemand.

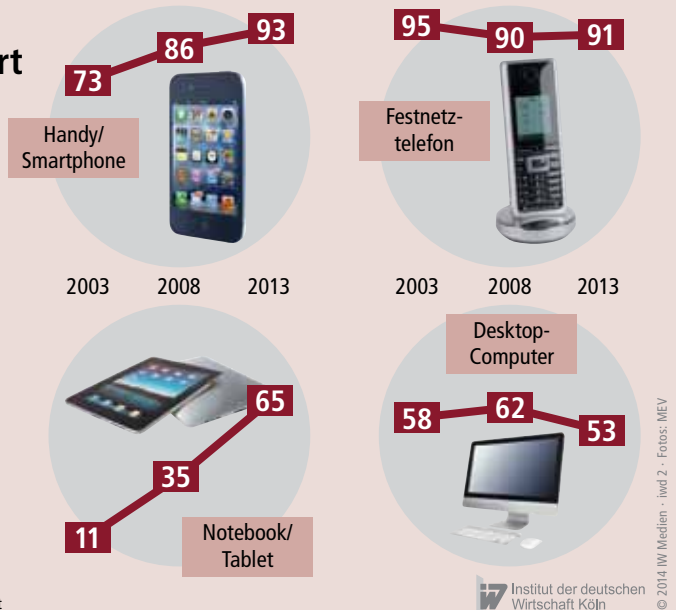
Zumindest ohne Mobiltelefon geht heutzutage gar nichts mehr. Am besten ausgerüstet sind junge Leute: 99 Prozent der Haushalte mit einem Hauptverdiener unter 25 Jahren haben mindestens ein Handy oder Smartphone. Im statistischen Schnitt klingelt oder vibriert in jedem dieser Haushalte nicht nur ein Handy, sondern es sind 1,6 Mobiltelefone.

Deutschland kommuniziert mobil

So viel Prozent der Haushalte verfügten über mindestens eins dieser Geräte



Quelle: Statistisches Bundesamt



Doch auch am anderen Ende der Altersskala gibt es kaum noch Scheu vor der mobilen Kommunikationstechnik:

Immerhin zwei Drittel der Haushalte, in denen der Haupteinkommensbezieher mindestens 80 Jahre alt ist, besitzen inzwischen ein oder sogar mehrere Handys.

Vor zehn Jahren betrug der Anteil der Handy-Haushalte in dieser Altersgruppe nur ein Fünftel. Da damals erst 40 Prozent der 70- bis 79-Jährigen mobil telefonierte, ist klar, dass sich viele Senioren kürzlich erstmals ein Handy gekauft haben.

Über alle Altersstufen hinweg haben Handys inzwischen dem Festnetztelefon den Rang abgelaufen.

Und auch beim Computer liegen die mobilen Varianten vorn (Grafik):

Während der Anteil der Haushalte mit mindestens einem Notebook oder Tablet-Computer seit dem Jahr 2003 von 11 auf 65 Prozent gestiegen ist, ging der Anteil der Besitzer von Desktop-Computern zurück.

Ein weiteres Beispiel für den Wandel der Technik ist die Videokamera, die in den 1990er Jahren zu einem vermeintlichen Siegeszug ansetzte, heute aber in weniger als 19 Prozent der Haushalte zu finden ist. Verdrängt wurden diese Geräte zunächst durch die Digitalkameras, die aber inzwischen durch Smartphones mit guter Fotofunktion ernsthafte Konkurrenz bekommen haben.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.